

Interview der Zeitschrift «tachles» (Chefredaktor Yves Kugelman, YK) mit Ralph Friedländer (RF)

YK: Weshalb kandidieren Sie für das Präsidium des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds (SIG)?

RF: Ich wurde angefragt, ob ich das machen würde. Nach längerer Überlegung habe ich zugestimmt, weil ich meine in Bern gemachte Erfahrung einbringen könnte. Die Jüdische Gemeinde Bern ist eine florierende Gemeinde; Rolf Bloch, ebenfalls JGB- und ein guter SIG-Präsident, war mein Mentor. Ich möchte mich gerne in dieser Tradition und mit meinen Qualitäten engagieren.

YK: Rolf Bloch kämpfte sehr profiliert mit der Problematik der nachrichtenlosen Vermögen – das war eine enorme Herausforderung. Würden Sie sich zutrauen solche Herausforderungen der Zukunft annehmen zu können?

RF: Ich traue mir das tatsächlich zu, und dabei ist er mein Vorbild. Vor allem aber habe ich reichliche berufliche Erfahrung als Unterhändler, habe für die Schweiz internationale Abkommen mitausgehandelt und Verhandlungen mitgestaltet. Ich glaube, dass ich integrierend wirke, Leute in Verbindung bringen und Differenzen glätten kann.

YK: Sie haben unter anderem das Erasmus Programm und bilaterale Abkommen mit der EU verhandelt. Können Sie auch nach aussen auftreten und für Anliegen kämpfen?

RF: Das kann ich, ja. Wenn man diplomatisch unterwegs ist, muss man in der Lage sein, hart zu verhandeln, für eine Sache einzutreten. Insofern kann ich wichtige Führungserfahrung mitbringen – beruflich, aber auch als JGB- und ehemaliger Präsident des Keren Hajessod.

YK: Für welche Vision des Schweizer Judentums würden Sie einstehen?

RF: Ich möchte, dass sich die Schweizer Juden aus dem reichhaltigen Fundus der jüdischen Kultur und Religion noch stärker in moderne Probleme der Gesellschaft einbringen. Als Beispiel nenne ich «Tikkun Olam», die Verbesserung der Welt. Ich möchte, dass die Welt eine bessere wird.

YK: Kann man denn Tradition und Moderne wirklich zukunftsgerichtet verbinden?

RF: Das glaube ich. Viele Probleme sind ethischer Natur, und es ist für die heutige Gesellschaft wichtig, dass sich jüdische Leute einbringen und ethische und moralische Grundsätze nochmals aufs Tapet bringen – natürlich neu interpretiert für die heutige Welt.

YK: Nun sind die SIG-Mitgliedsgemeinden ja an sich religiöse Institutionen. Wie wollen Sie da politisch agieren und mit welchen Schwerpunkten?

RF: Die mir bekannten jüdischen Gemeinden fördern die Jugendarbeit, die Ausbildung, die Kultur, führen natürlich auch Gottesdienste durch und kümmern sich um Hochzeiten, Bar und Bat Mitzwot und Todesfälle – das ist ihre zentrale Arbeit. Der SIG

hat nebst der politischen Vertretung auch die Aufgabe einer Rolle nach innen zur Stärkung der Gemeinden. Insbesondere zugunsten der kleinen, die um ihr Überleben kämpfen, sollte der SIG künftig noch mehr tun.

YK: Braucht es denn die kleinen Gemeinden überhaupt noch?

RF: Ich glaube, dass es sie tatsächlich braucht. Sie haben eine Geschichte, bringen eigene Traditionen mit – eine Bereicherung des jüdischen Lebens in der Schweiz.

YK: Es gibt aber Kleinstgemeinden, die kaum einen Minjan zustande bringen. Wo ist die Grenze?

RF: Es gibt sicher Grenzfälle, aber die Gemeinden müssen darüber selbst entscheiden. Ich bin für eine relativ grosszügige Interpretation. Für viele ist die jüdische Kultur wichtig genug, um sich eine Gemeinde auch ohne Minjan vorzustellen.

YK: Indessen schrumpfen die Zahlen der Gemeindejuden. Wäre es nicht an der Zeit, dass nicht nur sie, sondern alle Jüdinnen und Juden SIG-Mitglieder sein könnten?

RF: Viele fühlen sich ohne Gemeindegliedschaft als jüdisch, sie müssen wir auch ansprechen. Aber besser wäre, sie zu einer Mitgliedschaft oder einem Wiedereintritt zu ermuntern. Dadurch würde für alle die finanzielle Belastung wieder geringer. In Bern ist uns das gelungen, es ist also möglich.

YK: Wäre Chabad in Bern ansässig geworden, wäre es vermutlich anders gekommen. Das war ja eine heftige Kontroverse auch innerhalb der JGB.

RF: Richtig. Andererseits belebt Konkurrenz das Geschäft. Chabad leistet überall eine wichtige Arbeit, aber es darf nicht sein, dass dies zulasten der bestehenden Gemeinden geht. Darüber kann man mit den Chabad-Leuten durchaus einen Dialog führen.

YK: Viele SIG-Gemeinden müssen die ganzen Infrastrukturkosten tragen, während die Chabad-Leute daran nicht partizipieren.

RF: Das ist eine Realität, ja. Aber ich vertraue darauf, dass dies im Dialog verändert werden kann. In Bern gibt es Expats, die bereit sind, während ihres Aufenthalts Mitglied unserer Gemeinde zu werden. Aber die Gemeinden müssen aktiv werden und aufzeigen, was sie leisten.

YK: Sie werden Ihr Arbeitspensum bei der DEZA auf 80 Prozent reduzieren. Reichen die 20 Prozent für die Aufgaben im SIG?

RF: Es werden sicher mehr als 20 Prozent sein. Aber ich habe nun eine Stelle, die mir erlaubt, meine Zeit selbständig einzuteilen, was eine grosse Hilfe und Möglichkeit bietet, beides zu machen.

YK: Ihr Chef ist letztlich Bundesrat Cassis. Ist trotz dieser Anstellung Ihre Unabhängigkeit gewahrt, wenn Sie im SIG eine Exekutivfunktion übernehmen und allenfalls gegen seine Position politisieren müssen?

RF: Zum einen bin ich völlig unabhängig und zum anderen habe ich die Frage eines Interessenkonflikts vom Rechtsdienst abklären lassen. Das wurde als unproblematisch beurteilt. Viele, die für die Bundesverwaltung arbeiten, haben auch politische Ämter.

YK: Wie stehen Sie gegenüber den orthodoxen Gemeinden, die andere Werteschemen vertreten als Ihre heimatliche Einheitsgemeinde?

RF: Der Verband soll deren Interessen genauso vertreten und Verständnis für ihre Anliegen haben. Ich habe den Dialog auch zu diesen Gemeinden gesucht, und eigentlich gefällt mir vieles, was sie vertreten, insbesondere die Sorge um den Erhalt des jüdischen Lebens in der Schweiz, indem sie unter anderem sehr viel in die Jugend investieren.

YK: Was ist Ihre Vision zu einer SIG-Mitgliedschaft der liberalen Gemeinden, deren Antrag 2004 abgelehnt wurde und dadurch zwei jüdische Dachverbände in der Schweiz existieren?

RF: Grundsätzlich sollte ein Dachverband möglichst alle vertreten können. Wir haben jetzt aber eine pragmatische Lösung, die recht gut funktioniert. Ohne Not sollte man da nicht intervenieren, denn sie erlaubt uns eine gute Erledigung der Aufgaben.

YK: Es gibt aber sogar innerhalb der Einheitsgemeinden Themen, die spalten, etwa die gemischten Grabfelder.

RF: Das sind allerdings Themen der einzelnen Gemeinden, und man hat gesehen, dass Entwicklungen möglich sind. Bei den gemischten Gräbern hat sich ja nach Bern auch die ICZ dafür entschieden.

YK: Ist es möglich, so breit gestreute Positionen unter einem Dachverband zu vereinen oder ist er letztlich inhaltlich dann gar nicht mehr eine Einheit?

RF: Das glaube ich nicht. Das Judentum war schon immer von Vielfalt geprägt. Es gehört zur jüdischen Kultur, unterschiedliche Meinungen zu haben und kontrovers zu diskutieren. Diese kontroverse Diskussion muss innerhalb des SIG geführt werden.

YK: Was würden Sie bezüglich des Bundesbeitrags an die Sicherheit der Gemeinden unternehmen?

RF: Die gesprochenen 500 000 Franken für gefährdete Minderheiten sind ein guter Anfang und ein Riesenerfolg. Die jüdischen Gemeinden haben den Grossteil davon, 460 000 Franken, erhalten. Ich sehe das als ersten Schritt in Richtung weiterer Unterstützung. Als SIG-Präsident würde ich aber auch versuchen, für den Verband eine Abgeltung für seine Arbeit zu erhalten. Ich möchte die SIG-Finzen auf eine bessere Grundlage stellen.

YK: Sollte nicht ein Teil der 1,8 Millionen Franken, die der SIG für Verwaltung etc. verwendet, für die Förderung des sozialen und kulturellen Lebens in den Gemeinden genutzt werden?

RF: Grundsätzlich ja, und vielleicht gibt es da noch Verbesserungspotenzial. Aber das muss im Dialog geschehen. Wenn mit dem Geld das Sekretariat finanziert wird, entsteht da ja für die Gemeinden schon eine Art Transfer in Form von Leistungen wie Beratung und Coaching vor allem für Kleingemeinden.

YK: Die grossen Gemeinden sind darauf allerdings nicht angewiesen. Lohnt es sich, einen so grossen Apparat für die kleinen Gemeinden aufrechtzuerhalten?

RF: Ja, ich denke, das ist legitim. Und beispielsweise bezüglich Kommunikation spielt das SIG-Sekretariat für alle eine sehr wichtige Rolle. Die Gemeinden können etwa für ihre Kontakte mit lokalen Medien ausgearbeitete Positionen übernehmen.

YK: Ein nationales SIG-Dossier ist die Versorgung mit Koscherfleisch – bislang eine erfolglose Sache. Wie prioritär ist dieses Thema für Sie?

RF: Es ist prioritär und langsam Zeit, diesen unsäglichen Entscheid zu ändern und das Thema neu aufzurollen. Wenn die Gemeinden das nicht wollen, werden sie mich wohl bremsen müssen. Ich möchte das in einer gut vorbereiteten Art wieder aufs Tapet bringen, ohne zu riskieren, die jetzige Situation zu verschlechtern.

YK: Wie emanzipiert sind die Schweizer Jüdinnen und Juden wirklich, wenn es hart auf hart geht?

RF: Wir sind sehr weit gekommen. Die schweizerische Gesellschaft hat in den letzten 150 Jahren einen Wandel durchgemacht: aus der juristischen ist eine de-facto-Gleichberechtigung geworden.

YK: Weshalb schien dann die Bekämpfung von Antisemitismus in den letzten Jahren ein Hauptthema des SIG zu sein?

RF: Ich glaube, das stimmt nicht ganz – auch Kultur, Jugendarbeit, Fürsorge und anderes mehr waren immer Hauptthemen des SIG, wenn auch vielleicht medial weniger präsent. Deshalb möchte ich mich dafür einsetzen, dass diese Arbeit künftig stärker in die Medien getragen wird. Es ist an uns, aktiv und gezielt Themen nach aussen zu bringen.

YK: In welcher Form wollen Sie den Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen einbinden, der einst nahe beim SIG stand und heute weit entfernt ist?

RF: Nicht nur als CC-Mitglied habe ich enge Verbindungen zum Verband. Tatsächlich wäre es mein Wunsch, die Zusammenarbeit zu verstärken. Aber immerhin wurde doch die Coronakrise nicht schlecht gemeistert, es gab immer wieder klare Kommunikationen, die auch den Gemeinden geholfen haben.

YK: Corona wird die Budgets der Gemeinden verändern und mehr Fürsorgefälle hervorbringen. Wollen Sie, gemeinsam mit dem VSJF, einen Fonds dafür gründen?

RF: Das muss eingeplant werden. In Bern haben wir das mit dem neuen Budget schon gemacht, und auch der SIG wird darauf reagieren müssen – eine grosse Herausforderung, die ich anpacken möchte. Notfalls muss auch finanziell eingegriffen

werden können, wenn die Gemeinden nicht mehr in der Lage sein sollten, das zu stemmen.

YK: Falls Sie die Wahl am 18. Oktober nicht gewinnen, wären Sie auch bereit, in die Geschäftsleitung zu gehen. Ist Ihnen das Präsidium gar nicht so wichtig?

RF: Doch, ich trete an, um zu gewinnen und fühle mich gerade von kleineren und auch den französischsprachigen Gemeinden getragen. Aber ich würde respektieren, falls die Delegierten finden, dass Ralph Lewin für das Präsidium besser geeignet ist. In jedem Fall aber will ich mich einbringen und für die Themen engagieren, die mir wichtig sind. Ich möchte gewinnen, weil ich glaube, als Präsident meine Kontakte besser nutzen und diese Dossiers wirkungsvoller vorwärtsbringen zu können.